

Hier zwei Statements von Ministerpräsident Stephan Weil zu den Ergebnissen des gestrigen (21.02.2024) Vermittlungsausschusses:

Krankenhausfinanzierung

„Der gestrige Vermittlungsausschuss hat sich zunächst intensiv mit der finanziellen Situation der deutschen Krankenhäuser befasst. Viele von Ihnen stecken tief in den roten Zahlen – auch bei uns in Niedersachsen. Das darf so nicht bleiben! Wir haben im Vermittlungsausschuss nach meinem Eindruck bei der Stabilisierung der Krankenhauslandschaft einen großen Schritt nach vorne gemacht.

So wird der Bund in den nächsten zehn Jahren insgesamt 25 Milliarden Euro beisteuern für Krankenhausinvestitionen. Das ist eine wichtige Ergänzung zu den bereits vom Land Niedersachsen beschlossenen Investitionen in das Krankenhauswesen in Höhe von drei Milliarden Euro.

Aber auch was die Finanzierung der laufenden Kosten der Krankenhäuser anbelangt, gab es echte Fortschritte: So wurde beispielsweise klargestellt, dass ab dem 1. Januar 2024 bei den Personalkosten auch Tarifsteigerungen automatisch mit erstattet werden. Gleichzeitig wird bei den Sachkosten die Bemessungsgrundlage erhöht.

All das findet sich in einer verbindlichen Protokollerklärung der Bundesregierung und wird in Kürze Gegenstand eines Gesetzgebungsverfahrens werden. Wenn das alles so kommt – und darauf werden wir sehr genau achten – dann war das heute ein richtig guter Tag für die Krankenhäuser. Die finanzielle Unterstützung gibt Ihnen Luft für die notwendigen Strukturveränderungen.“

Wachstumschancengesetz

„Niedersachsen hat im Vermittlungsausschuss einem Vorschlag für ein Wachstumschancengesetz zugestimmt. Es handelt sich um einen Kompromiss zwischen Bund und Ländern mit wichtigen Impulsen für die Wirtschaft, die sehr schnell umgesetzt werden könnten.

Parallel dazu gab es eine Diskussion, wie es weitergehen wird mit dem Agrardiesel. Meine kritische Haltung zu diesem Thema ist bekannt, sie hat sich auch nicht geändert.

Derzeit aber gibt es zu der Zukunft der Landwirtschaft in Berlin wichtige Gesprächsrunden. Die Landwirtinnen und Landwirte verhandeln sowohl mit der Bundesregierung als auch mit den Regierungsfractionen.

Am 22. März wird das Thema Agrardiesel dann im Bundesrat behandelt. Bis dahin sollte es zumindest erste belastbare Zwischenergebnisse aus den Verhandlungsrunden geben. Die Proteste der Landwirtschaft müssen jetzt abgelöst werden durch einen gemeinsamen klar definierten Weg, an dessen Ende Planungssicherheit und höhere Erträge für die Landwirtinnen und Landwirte stehen. Die Landwirtschaft braucht verlässliche Perspektiven!“